

Michael Hennes

Die USA als überforderter Hegemon



Dr. Michael Hennes, geb. 1965 in Köln, Studium der Politikwissenschaft in Bonn, Habilitand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Essen, lebt und arbeitet als Journalist und Dozent in Köln; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen zur Internationalen Politik.

Am Abend der Terroranschläge auf New York und Washington schrieb US-Präsident George W. Bush in sein Tagebuch: „Heute hat sich das Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts ereignet“.¹ Der Präsident war emotional aufgewühlt, fand nachts keinen Schlaf und brach am Ground Zero in Tränen aus.² Präsident Bush stürzte sich in einen Krieg gegen den Terror und stieg damit zur nationalen Heldenfigur auf. In Zeiten des Krieges versammeln sich die Amerikaner stets loyal hinter ihrem Präsidenten. George W. Bush ist mit seiner Aufgabe gewachsen und klagte nach dem 11. September 2001 erfolgreich die Unterstützung der gesamten Welt ein:

„Jede Nation“, erläuterte Bush vor dem US-Kongress, „muss jetzt eine Entscheidung treffen. Entweder sind sie für uns oder sie sind für die Terroristen. Von diesem Tag an wird jede Nation, die weiterhin den Terrorismus beherbergt oder unterstützt, von den Vereinigten Staaten als ein feindliches Regime betrachtet.“³ Der Krieg sei erst beendet, wenn alle weltweit operierenden Terrorgruppen aufgespürt und unschädlich gemacht worden seien.⁴ Zur „Pflicht Nummer Eins“ der US-Regierung wurde es, „das amerikanische Volk vor einem weiteren Angriff zu schützen“.⁵ Beim Krieg in Afghanistan umfasste die weltweite Allianz gegen den Terror über 90 Staaten.

Mit der zweiten Kriegsetappe wurde alles anders. Im Irak geht es nicht *nur* um „Blut für Öl“.⁶ Die Bush-Administration will heute weit über den Irak hinaus die amerikanische Weltordnung für das 21. Jahrhundert sichern. Die Erdölvorkommen am Persischen Golf sind ein wichtiger Baustein im Fundament der „Pax Americana“. Ein Hegemon verbindet übli-

1 Zit. nach Bob Woodward, *Bush at War*, New York 2002, S. 37.

2 Woodward, *Bush*, S. 54 f, S. 171.

3 George W. Bush, *Address to a Joint Session of Congress and the American People*, Washington D.C., 20.9.2001 (www.whitehouse.gov).

4 Bush, *Address*.

5 Richard Cheney, *Rede auf der 103. Nationalversammlung der Kriegsveteranen in Nashville*, 26.8.2002, S. 2 (www.whitehouse.gov).

6 Vgl. etwa Titelbild und Leitartikel in: *Der Spiegel* Nr. 3/03 (13.1.2003), S. 86-109.

cherweise seine sicherheitspolitischen Ziele mit wirtschaftlichen Interessen. Am Persischen Golf sollen zukünftige Angriffe auf die Vereinigten Staaten und auf Israel verhindert werden; zugleich will die Bush-Administration den langfristigen Zugang zu den Erdölquellen am Persischen Golf sichern. Schon pochen französische und russische Investoren an die Tür und beharren gegenüber Washington auf ihre vertraglichen Rechte im Irak. Ein Hegemon sichert immer beides: sein Überleben und seinen Reichtum.

Irritationen in Berlin

In den Zeiten des Kalten Krieges schützte die amerikanische Supermacht die Bundesrepublik an der Nahtstelle zwischen Ost und West. Die Jahrzehnte der deutsch-amerikanischen Freundschaft belohnte Washington Ende der 1980er-Jahre, indem die USA die deutsche Einheit maßgeblich unterstützten. Damals galt das vereinigte Deutschland als die kommende Führungsmacht eines vereinten Europa. Diese Zeiten sind vorbei. Die Mittelmacht hat an Bedeutung verloren und ist in Ungnade gefallen. Zwar verdammte Bundeskanzler Gerhard Schröder die Terroranschläge in den USA als einen Angriff auf die gesamte zivilisierte Welt und sicherte dem US-Präsidenten die „uneingeschränkte Solidarität Deutschlands“ zu.⁷ Doch schnell ließ die Bush-Administration die Deutschen spüren, dass sie mehr wollte als eine Hetzjagd auf die Al-Kaida und dass die Verbündeten in der NATO kein Recht auf Mitsprache haben würden.

Die USA nutzen heute den Krieg gegen den Terror zur Absicherung ihrer weltweiten Hegemonie. Die Bundesrepublik und alle anderen Verbündeten sind bei diesem großen Spiel der Weltpolitik zu Erfüllungsgehilfen degradiert worden. Nach dem 11. September 2001 rief die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte den kollektiven Verteidigungsfall nach Artikel 5 des Bündnisvertrages aus. Den Feldzug am Hindukusch führte die Bush-Administration jedoch ohne Mitsprache der Verbündeten und erweckte auf beiden Seiten des Atlantiks den Eindruck, dass die NATO aus amerikanischer Sicht militärisch und diplomatisch überflüssig geworden sei.⁸

In der Ära Clinton war das noch anders. Schon 1994 rief der Sicherheitsberater des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton dazu auf, „Schurkenstaaten“ wie den Iran und den Irak aktiv einzudämmen. Das Ziel der US-Regierung war ebenso wie heute der Schutz der militärischen Sicherheit am Golf und zugleich die Sicherung „des freien Zustroms von Öl zu stabilen Preisen“.⁹ Präsident Clinton setzte aber auf eine zurückhaltende, wohl wollende Hegemonie ohne militärisches Muskelspiel. Seinerzeit waren die USA noch Herr der Lage in der Weltpolitik, der Schock des 11. September stand den Amerikanern erst noch bevor. Der Terrorangriff wirkte wie eine Initialzündung auf die Bush-Administration. Sie entschloss sich angesichts des wachsenden Chaos auf dem Globus, die Weltpolitik aktiv aufzurollen. Mittelmächte wie Deutschland leisteten dabei entweder Gefolgschaft oder sie werden an den Rand der Weltbühne gedrängt. „Freund oder Feind?“ lautet Bushs klare Frage. Aus weltpolitischer Sicht ist Berlin nicht die erhoffte Metropole des größeren Deutschland, sondern nur noch Provinz.

7 Gerhard Schröder, Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag in Berlin zum Terrorakt in den USA, 12.9.2001 (www.bundestkanzler.de).

8 Strobe Talbott, From Prague to Baghdad: NATO at Risk, in: *Foreign Affairs*, 81. Jg., Nr. 6 (November/December 2002), S. 56.

9 Anthony Lake, Confronting Backlash States, in: *Foreign Affairs*, 73. Jg., Nr. 2 (March/April 1994), S. 47 f.

Januar 2002: die Erweiterung der Bush-Doktrin

„Wir warten nicht auf einen weiteren Angriff“, erläuterte George Walker Bush seine Doktrin. „Also werden wir diesen Kampf zum Feind tragen.“¹⁰ Im Januar 2002 war der Krieg in Afghanistan militärisch entschieden, und der US-Präsident fügte Nordkorea, Iran und Irak zu einer „Achse des Bösen“ zusammen, die den Terror unterstützen und nach weit reichenden Massenvernichtungswaffen streben würde. „Die Vereinigten Staaten von Amerika werden den gefährlichsten Regimen der Welt nicht erlauben, uns mit den zerstörerischsten Waffen der Welt zu bedrohen.“¹¹ Am 23. Mai 2002 hielt Bush eine Ansprache vor dem Deutschen Bundestag in Berlin, um dem deutschen Adjutanten die Botschaft persönlich zu überbringen:

Die USA brauchen Verbündete. Vor dem Bundestag verklärte Bush den Kampf gegen die „Achse des Bösen“ zu einem gemeinsamen Verteidigungskampf der westlichen Zivilisation. Die NATO, so der US-Präsident, brauche nach dem 11. September 2001 eine neue Strategie. „Gefahren, die weit von Europa entfernt entstehen, können jetzt im Herzen Europas zuschlagen - also muss die NATO fähig und gewillt sein, immer dann zu handeln, wenn Bedrohungen auftauchen.“¹² Welche Bedrohungen auftauchen, wird in Washington definiert. Die Verbündeten sollen sich an den Feldzügen und den Kosten des anschließenden Wiederaufbaus beteiligen. In der Bundesregierung wird aber gerade der Eindruck eines „Clash of Civilizations“ peinlich vermieden.¹³ Die Falken der amerikanischen Außenpolitik haben für die Tauben in Europa bestenfalls Verachtung übrig. Dann empfinden sie die Europäer als schwächliche Trittbrettfahrer der amerikanischen Supermacht. Manchmal verdächtigen sie die Europäer aber auch einer gezielten Beschwichtigungspolitik, um die amerikanische Hegemonie zu beschädigen.¹⁴

August 2002: der Aufmarsch gegen den Irak beginnt

Als ersten Gegner der „westlichen Zivilisation“ rief Bush den Irak in den Ring. Für die Kriegserklärung schickte er seinen Vize-Präsidenten Dick Cheney auf die Bühne. Am 26. August 2002 hielt Cheney vor dem Verband der Kriegsveteranen in Nashville die erste längere Rede seiner Amtszeit und malte dabei Saddam Hussein als einen hochgefährlichen Feind der westlichen Zivilisation an die Wand. Es bestünden „keine Zweifel“, dass er über Massenvernichtungswaffen verfüge und sie gegen die USA, ihre Freunde und Verbündeten einsetzen wolle.¹⁵ Der Irak arbeite auch weiter an der Entwicklung von Nuklearwaffen. „Viele von uns sind davon überzeugt, dass Saddam ziemlich bald schon Nuklearwaffen erwerben wird.“¹⁶ Doch Washington werde ihm rechtzeitig in den Arm fallen. Dafür seien alle Optionen auf dem Tisch - von diplomatischem Druck bis hin zum Präventivkrieg. Ziel sei die Errichtung einer demokratischen Regierung in Bagdad.¹⁷

10 George Bush, Rede vor den US-Truppen in Fort Hood/Texas, 3.1.2003 (www.whitehouse.gov).

11 George Bush, Rede zur Lage der Nation vor dem Kongress in Washington, 29.1.2002 (www.whitehouse.gov).

12 George Bush, Rede vor dem Deutschen Bundestag in Berlin, 23.5.2002 (www.bundestag.de/aktuell/presse).

13 Joschka Fischer, Die Hoffnung wird immer kleiner, Interview in: Der Spiegel Nr. 1/03 (30.12.2002), S. 22; vgl. Samuel P. Huntington, The Clash of Civilizations?, in: Foreign Affairs, 72. Jg., Nr. 3 (Summer 1993), S. 22-49; Samuel P. Huntington, The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, London 1997.

14 Vgl. Robert Kagan, Power and Weakness, in: Policy Review Nr. 113 (June/July 2002) (www.policyreview.org).

15 Cheney, Rede in Nashville, S. 4.

16 Cheney, Rede in Nashville, S. 3.

17 Cheney, Rede in Nashville, S. 5.

Die Rede von Nashville ging an den Rand einer Kriegserklärung, das Feindbild war deutlich überzeichnet. Die Bush-Administration hatte klar gemacht, dass es ihr nicht nur um einen weiteren Krieg gegen den Terror gehen werde, sondern um „Große Politik“. Dick Cheney, der vor seinem Wiedereinstieg in die Regierung fünf Jahre als hochrangiger Manager in der Ölindustrie gearbeitet hatte, erklärte offen die besondere Brisanz des Schurken von Bagdad: „Wenn Saddam Hussein bewaffnet ist mit einem Arsenal von Waffen des Terrors und auf zehn Prozent der Ölreserven der Welt sitzt, dann darf man von ihm erwarten, dass er die Vorherrschaft über den gesamten Mittleren Osten anstrebt, dass er die Kontrolle über einen großen Teil der weltweiten Energiezufuhr ergreift und dass er die Vereinigten Staaten oder jede andere Nation der nuklearen Erpressung aussetzt.“¹⁸ Jede fundamentale Bedrohung der amerikanischen Vorherrschaft, ob mit oder ohne Öl, soll nach der Bush-Doktrin im Keim erstickt werden.

In Berlin wuchs angesichts derlei unverhohlener Machtpolitik die Nervosität. Bereitetete sich der „amerikanische Freund“ auf Angriffskriege vor? Eine überforderte Bundesjustizministerin machte kurz vor der Bundestagswahl ihrem Ärger Luft, indem sie die Politik von George Bush mit der von Adolf Hitler verglich.¹⁹ Die verbale Entgleisung von Hertha Däubler-Gmelin wäre in normalen Zeiten stirnrunzelnd übergangen worden. Doch rechtzeitig zur Bundestagswahl nahm die Bush-Administration den Fauxpas zum Anlass, die widerstrebende Koalition in Berlin international an den Pranger zu stellen. Die Verbündeten dienen nach der Bush-Doktrin als Schildknappen der einzig verbliebenen Supermacht. „Freund oder Feind?“ heißt die Frage: Beim Prager NATO-Gipfel wurde im November eine Posse inszeniert, als sich der US-Präsident lange zierte, dem Bundeskanzler überhaupt wie üblich die Hand zum Gruß zu reichen.

September 2002: das doppelte Spiel beginnt

Bald nach Cheneys Auftritt in Nashville liefen im Pentagon bereits die Planungen für eine politische Neugestaltung des Irak.²⁰ Die amerikanische Regierung hofft, auf Grund ihrer militärischen Stärke die Welt nach ihren Vorstellungen ordnen zu können. Bereits als Präsidentschaftskandidat feierte George W. Bush eine militärische Stärke seines Landes, wie sie niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit erreicht worden sei, und versprach bei seiner Wahl eine neue Ära der Aufrüstung.²¹ Mit seinem Amtsantritt erhöhte er den Pentagon-Etat von Jahr zu Jahr mehr, für das laufende Haushaltsjahr um fast zwölf Prozent. Mittlerweile bestreiten die Vereinigten Staaten 40 Prozent aller Militärausgaben der Welt.

Andererseits sind der Macht Washingtons in der Weltwirtschaft und in der Diplomatie klare Grenzen gesetzt; dort müssen die USA mit kleineren Mächten und internationalen Organisationen kooperieren, auf Völkerrecht und öffentliche Meinung Rücksicht nehmen. Ihr stärkster Trumpf ist also die militärische Karte. Deshalb setzt Washington auf militärische

18 Cheney, Rede in Nashville, S. 4.

19 „Bush will von innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken. Das hat schon Hitler gemacht (...) Ich habe Bush nicht mit Hitler gleichgesetzt.“ (Schwäbisches Tagblatt, 19.9.2002, zit. n. www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel).

20 Vgl. David E. Sanger/James Dao, U. S. finalizing its plans for postwar Iraq, in: International Herald Tribune, 6.1.2003, S. 1, 7.

21 George W. Bush, A Period of Consequences. Rede vor der Akademie der US-Seestreitkräfte The Citadel in South Carolina, 23.9.1999 (www.citadel.edu).

Lösungen, obschon militärische Siege selten zu politischen Erfolgen werden. Militärische Macht bringt häufig auch keinen wirtschaftlichen Nutzen, sondern wirft ganze Regionen in ihrer Entwicklung weit zurück. Entscheidend ist ausschließlich, dass die USA ihre hegemoniale Position nur auf der militärischen Stärke abstützen können. Deshalb begann im September 2002 das doppelte Spiel. Washington bereitete parallel sowohl einen Krieg als auch die diplomatische Lösung vor.

Ein Krieg gegen Saddam Hussein stand schon längst auf der Liste. Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld und sein Stellvertreter Paul Wolfowitz forderten im Regierungskreis unmittelbar nach dem 11. September 2001 einen Angriff auf den Irak. Saddam Hussein war mit den 1990er-Jahren nicht nur zu Amerikas Erzfeind geworden, sondern er hatte nach der Zerstörung der „schönen Wolkenkratzer“ in New York öffentlich seine Schadenfreude hinausposaunt. „Amerika erntet die Dornen, die seine Führer in der Welt gesät haben.“²² Dem US-Präsidenten fehlten seinerzeit die Belege für eine Verwicklung Bagdads in den Al-Kaida-Terror und für die Existenz einsatzbereiter Massenvernichtungswaffen.²³ Außenminister Powell und Vizepräsident Cheney rieten von einem Schlag gegen Bagdad ab. Die mühsam geschmiedete Koalition gegen den Terror werde ansonsten auseinander brechen.²⁴ Also, forderte Bush, sollte das Pentagon die Militäraktionen gegen den Irak für einen späteren Zeitpunkt planen.²⁵ Ein Jahr später waren die Taliban in Kabul gestürzt und war der Aufmarsch am Golf in vollem Gange.

November 2002: diplomatischer Gegendruck

Die diplomatische Absicherung der Hegemonie ist eine offene Flanke der USA. Ein Truppenaufmarsch am anderen Ende der Welt erfordert zahlreiche Verbündete für Truppenstandorte, Transitrechte und logistische Unterstützung. So brauchte die Bush-Administration die Türkei als Aufmarschgebiet im Norden des Irak und machte der neuen türkischen Regierung für ihre Unterstützung zahlreiche Versprechungen, darunter Kreditprogramme und Schützenhilfe für einen Beitritt zur Europäischen Union. Auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Kopenhagen erhielten mehrere Staats- und Regierungschefs im Dezember Telefonanrufe des US-Präsidenten und seines Außenministers. Die Vormacht Amerika wollte die europäischen Staats- und Regierungschefs darauf verpflichten, dass sie der Türkei einen festen Beitrittstermin zur EU nennen würden. Die Verärgerung der Europäer über die anmaßende Intervention aus Washington war groß²⁶ und der Türkei wurde kein fester Beitrittstermin genannt. Die neue Regierung in Ankara verzögerte daraufhin den amerikanischen Truppenaufmarsch und startete eine eigene Friedensmission in den Mittleren Osten.

Auch die diplomatische Rechtfertigung des Aufmarsches vor der Weltöffentlichkeit misslang. Der Bush-Administration fehlten von vornherein die Beweise für eine militärische Bedrohung durch den Diktator in Bagdad. Deshalb musste sie dem Irak mit der UNO-Resolution 1441 im November 2002 zähneknirschend im UNO-Sicherheitsrat einen letzten Ausweg

22 Erklärung von Präsident Saddam Hussein in Bagdad, 13.9.2001; zit. n. Carolin Emcke u.a., Der Treibstoff des Krieges, in: Der Spiegel Nr. 3/03 (13.1.2003), S. 101; Chronologie der staatlichen irakischen Nachrichtenagentur für den September 2001 (www.uruklink.net/iraq/e2001/espeech1_9.html).

23 Vgl. Woodward, Bush, S. 49, 60 f., 83-85.

24 Vgl. Woodward, Bush, S. 81-90.

25 Vgl. Woodward, Bush, S. 99.

26 Vgl. Les pressions américaines exaspèrent les Français, in: Le monde, 14.12.2002, S. 2.

weisen. Darauf hatte Frankreich als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat bestanden. Dem Irak wurde eine letzte Tür geöffnet. Saddam Hussein sollte seine Programme zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen offen legen und das militärische Potential für ABC-Waffen vollständig vernichten. Die UNO-Waffeninspektoren legten ihre Suche nach Spuren für eine militärische Bedrohung im Irak auf mehrere Monate an. Das Regime in Bagdad konnte dadurch Vorbereitungen für einen Abwehrkampf rund um die irakische Hauptstadt treffen. Den Stabschefs der US-Army und der US-Marines wurde es derweil mulmig zumute: sie beklagten im Pentagon einen Mangel an Strategie und Mitsprache. Ein Häuserkampf in den Straßen von Bagdad müsse unbedingt vermieden werden.²⁷

Saddam Hussein nutzte die Zeit nicht nur für militärische Vorbereitungen, sondern auch, um an die islamische Welt zu appellieren und die USA öffentlich zu verhöhnen. Im irakischen Staatsfernsehen verlas der Diktator eine Rede an die arabische Nation, mit der er zum Heiligen Krieg aufrief: Die Amerikaner seien „Ungläubige“, „eine Gruppe von Kriminellen“, „böartige Assistenten des Satans“ und würden wie alle Aggressoren zuvor mit Allahs Hilfe von der arabischen Halbinsel vertrieben. Sollten sie einen Angriff wagen, dann würden sie „auf dem Müllhaufen der Geschichte enden“.²⁸

Der überforderte Hegemon

Seit der Bildung der modernen Staatenwelt mit der Entstehung des europäischen Kolonialreiches am Ende des 15. Jahrhunderts konnten sich Hegemonialmächte immer nur für wenige Jahrzehnte in ihrer globalen Vorherrschaft behaupten. Heute sind die USA zunehmend mit den weltweiten Problemen überfordert und es formiert sich diplomatischer Gegendruck. Neue Bedrohungen tauchen auf, neue Weltmächte wachsen heran. Die amerikanische Kriegsführung ist zwar dem Rest der Welt überlegen, aber eben politisch nur begrenzt erfolgreich. Sie muss Rücksichtnahmen üben, benötigt Verbündete, Kriegsgründe und möglichst wenige zivile Opfer. Der langsame Abstieg der amerikanischen Hegemonie, die sich auf ihre militärische Macht abstützt, hat damit begonnen. Nach einem Krieg gegen den Irak müssten die USA den Wiederaufbau weitgehend selbst gestalten und finanzieren. Der Frieden könnte für die USA gefährlicher werden als der Krieg.

Das Beispiel Afghanistan war kein erfolgreicher Auftakt für die Bush-Doktrin. Zwar wurde das islamistische Regime von der Macht vertrieben. Es konnte jedoch höchstens ein Drittel des Al-Kaida-Netzwerkes gefangen oder getötet werden, mindestens ein Drittel des Landes lebt weiter in offener Anarchie und bis heute wurde dem US-Präsidenten nicht, wie von ihm sehnlichst erwünscht,²⁹ der Kopf von Osama Bin Laden auf dem Tablett serviert. Stattdessen folgte im Jahr 2002 eine Serie von islamistisch inspirierten Terroranschlägen mit westlichen Todesopfern auf Bali und Djerba, in Moskau, auf den Philippinen, in Kenia und schließlich im Jemen. Der Hegemon hat politisch bisher wenig Erfolg gehabt und der Horizont kann sich schnell verdüstern. Seinem engsten Regierungskreis prophezeite Präsident Bush bereits nach

27 Vgl. Edward M. Kennedy, *Eliminating the Threat*. Ansprache vor der School for Advanced International Studies der Johns-Hopkins-University in Washington, 27.9.2002 (hekt. Ms.), S. 3 f.; Edward Luttwak, *C'est par la force qu'on change l'Histoire*, Interview in: *Le point* Nr. 1572 (1.11.2002), S. 38 f.; Thomas E. Ricks, *2 generals dispute Pentagon plan*, in: *International Herald Tribune*, 19.12.2002, S. 1, 4.

28 Saddam Hussein, Fernsehansprache zum 82. Jahrestag der Gründung der irakischen Armee in Bagdad, 6.1.2003 (www.bbc.co.uk/radio4; www.uruklink.net/iraq/e2003/e6jan2003.html).

29 Vgl. Woodward, *Bush*, S. 100 f., 111, 141-143.

den Terroranschlägen im September 2001: „In zwei Jahren werden vielleicht nur noch die Briten mit uns sein.“³⁰

Die deutsch-amerikanische Spaltung

Auf der diplomatischen Gegenseite standen die Deutschen nur vorübergehend im Abseits. Tatsächlich ließen sie den Franzosen nur den Vortritt. Im Bundeskanzleramt und in den Ministerien sitzen heute die Friedensdemonstranten der 1980er-Jahre und erleben ein Déjà-Vu, denn die Bush-Administration setzt bis hinein in die personelle Kontinuität und die Rhetorik auf die alte Politik der Stärke aus den 1980er-Jahren. Aus dem „Reich des Bösen“ ist eine „Achse des Bösen“ geworden. Das alte Misstrauen der Deutschen ist wieder da. Mit dem Krieg in Afghanistan gewann sogar die bereits in Vergessenheit geratene Nuklearstrategie ihre alte Bedrohlichkeit zurück. „Im neuen Kanzleramt hatte sich herumgesprochen, dass in Washington die Möglichkeit von nuklearen Bunkerknacker-Bomben gegen die Taliban erörtert worden war.“³¹

Da beschloss Bundeskanzler Schröder, sich gegen Amerikas neue Politik der Stärke zu erheben und den Widerstand für seinen Wahlkampf auszuschlachten. Ein Sturm im Wasserglas, der Washington umso stärker verärgerte, als er offenbar die Wende im Wahlkampf gebracht hat. Am 5. August 2002 eröffnete Gerhard Schröder in Hannover die heiße Phase seines Wahlkampfs und warf der Bush-Administration rhetorisch den Fehde-Handschuh hin. Die Bundesregierung sei weiter zur Solidarität bereit, „aber dieses Land wird unter meiner Führung für Abenteuer nicht zur Verfügung stehen“.³² Deutschland sei für Druck auf Saddam Hussein. „Aber Spielerei mit Krieg und militärischer Intervention - davor kann ich nur warnen. Das ist mit uns nicht zu machen ...“³³ Die Bundesregierung werde nicht wie in Afghanistan den Wiederaufbau leisten und auch nicht 18 Milliarden D-Mark wie noch 1991 im Golfkrieg beisteuern. „Für Abenteuer stehen wir nicht zur Verfügung und die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig zu Ende ...“³⁴ Militärisch betrachtet können die USA ohne Verbündete den Krieg führen. Aber sie haben dann die Weltöffentlichkeit gegen sich und das Problem des Wiederaufbaus, mit allen Kosten und Gefahren. Deutschland kann bei seiner Verweigerungshaltung bleiben.

Die letzte Konsequenz der Bush-Doktrin

Nach der Bush-Doktrin sind realistische Analysen einer militärischen Bedrohung nicht entscheidend für einen Krieg, sondern es kommt auf die *möglichen* Risiken an, die von einem erwiesenen „Schurkenstaat“ für die amerikanische Weltordnung ausgehen.³⁵ Der Hegemon ist mit seinem Anspruch auf Weltherrschaft zunehmend überfordert und stützt sich deshalb auf die militärische Macht. Nach dem Irak könnten die neuen Ziele Nordkorea oder Indone-

30 Zit. n. Woodward, Bush, S. 106.

31 Michael Naumann, Das Reich des Guten, in: Die Zeit Nr. 46/02 (7.11.2002), S. 3.

32 Gerhard Schröder, Rede des Bundeskanzlers zum Wahlkampfauftakt in Hannover, 5.8.2002, S. 7 (www.web137.athen023.server4free.de).

33 Schröder, Rede Wahlkampfauftakt, S. 8.

34 Schröder, Rede Wahlkampfauftakt, S. 8.

35 Vgl. Cheney, Rede in Nashville, S. 3-5; George W. Bush, Rede im Cincinnati Museum Center in Ohio, 7.10.2002 (www.whitehouse.gov).

sien heißen. Die militärpolitische Hybris der USA, das ist mittlerweile weithin bekannt, nimmt gezielt Präventivkriege in Kauf. Es wurde weltweit diskutiert über die Nationale Sicherheitsstrategie vom September 2002 mit ihren „präemptiven Aktionen“³⁶ gegen die Schurkenstaaten und Terroristen der Welt, was letztlich auf die Legitimation von Präventivkriegen hinausläuft.³⁷ Mit Massenvernichtungswaffen, erkannte Präsident Bush, „könnten schwache Staaten und kleine Gruppen eine katastrophale Macht erlangen, um große Nationen zu schlagen“.³⁸ Die Flugzeugangriffe auf New York und Washington wirken wie ein Fanal auf noch größere Gefahren. Der Pazifik und der Atlantik bieten in einer Welt, die immer stärker zusammen wächst, keinen Schutz mehr vor fremden Angriffen. Deshalb spielt Washington auf fremden Kontinenten mit dem Feuer.

Die viel diskutierte Strategie des Präventivkriegs dient zunächst nur als Drohung, um diplomatischen Druck zu erzeugen. Doch eine Drohung ist nur glaubwürdig, wenn sie notfalls wahr gemacht wird. Die Bush-Doktrin enthält eine fatale Tendenz zur militärischen Eskalation: Im Januar 2002 hat die US-Regierung mit einem Pentagon-Bericht an den US-Kongress (Nuclear Posture Review) einen Umbau der amerikanischen Nuklearstreitkräfte angekündigt. In seinem geheimen Teil enthält der Pentagon-Bericht ein Programm zur Entwicklung von Atomsprengköpfen, die tief in die Erde eindringen und dort unterirdische Ziele vernichten können. Als mögliche Ziele für derlei Atomschläge werden die „Schurkenstaaten“ Libyen, Syrien, Irak, Iran und Nordkorea genannt - sowie als mögliche weitere Gegner die Atommächte Russland und China. Die neuen Atomwaffen könnten auch bei überraschenden Angriffen (als Beispiel wird ein irakischer Raketenangriff auf Israel genannt) oder zur Vergeltung für einen Angriff mit biologischen bzw. chemischen Waffen eingesetzt werden.³⁹ Im Dezember 2002 hat das Weiße Haus dem Irak mit einem Atomschlag gedroht, falls die USA, ihre Verbündeten oder amerikanische Truppen mit chemischen oder biologischen Waffen angegriffen würden.⁴⁰ Eine Drohung ist nur glaubwürdig, wenn sie notfalls wahr gemacht wird. Die USA sind mit ihrer Machtpolitik überfordert. George W. Bush spielt auf fremden Kontinenten mit dem Feuer. Sollten die USA selber das Feuer anziehen oder sollte ihre Hegemonialpolitik eine empfindliche Schlappe erleben, begänne eine gefährliche Eskalation.

36 Ein präemptiver Schlag ist eine vorbeugende Militäraktion, die einem unmittelbar bevorstehenden Angriff zuvorkommen soll.

37 Vgl. President of the United States of America, National Security Strategy of the United States of America, Washington D.C., 17.9.2002, Teil III, V, S. 5 f., 13-15.

38 George W. Bush, Rede vor der Akademie der US-Seestreitkräfte West Point in New York, 1.6.2002 (www.whitehouse.gov).

39 Vgl. Paul Richter, U. S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms, in: Los Angeles Times, 9.3.2002, S. A1; William Arkin, Nuclear Warfare - Secret Plan Outlines the Unthinkable, in: Los Angeles Times, 10.3.2002, S. M1; siehe auch die veröffentlichten Auszüge bei „www.globalsecurity.org“.

40 Vgl. Mike Allen/Barton Gellman, Washington is ready to use A-arms in a biowar, in: International Herald Tribune, 12.12.2002, S. 1, 4.